

Die undeutscheste Partei von allen

Demos gegen die AfD: „Zusammen gegen die, die spalten wollen“ u. „Zwei Leben gegen den Faschismus“, FR-Region v. 6. u. 5.2.

Rechten Umtrieben muss Einhalt geboten werden

Einigen konservativen Leuchten fällt nicht Besseres ein, als an den Demos heranzukritteln: keine Abgrenzung zu radikalen Gruppierungen. Allein der Aufruf zu „Demos gegen rechts“ sei zu schwammig, verortete er doch auch konservative Politiker in die gleiche rechte Ecke wie echte Rassisten. Was aber soll man sonst von Populisten und Hetzern halten, die Rassisten das Wort reden? Gerade wieder wird nach unten getreten, dass es eine wahre Freude ist: Bürgergeld wird gekürzt, dafür Disziplinarmaßnahmen hochgeschraubt, das Asylrecht regelrecht ausgehöhlt (schon mal von der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gehört?). Die gleichen Eiferer beklatschen das demokratische Engagement der Menschen, die auf die Strafe gehen.

Den rechten Umtrieben hätte man längst Einhalt gebieten können. Mit dem Radikalenerlass hat der Staat schon einmal Stärke gezeigt: schön nachzulesen in dem Artikel über die Antifaschistin Frau Gingold! Menschen, die sich wie sie in der Antifas engagieren, werden per se linksradikale (und kriminelle) Absichten unterstellt mit negativen Auswirkungen auf ihr gesamtes Leben, während für den rassistischen Mob immer wieder verharmlosende Abstufungen ins Gespräch gebracht werden.

Nach den unsäglichen Ausfällen eines Herrn Aiwanger fällt

Herrn Söder in Bayern nichts Besseres ein, als eine Verfassungsviertelstunde in den Schulen einzufordern. Die Schulen könnten tatsächlich einiges an Unwahrheiten aufarbeiten, während für den ein oder anderen politischen Maulhelden aus CDU/CSU und FW mal wieder die Verfassung und das Grundgesetz auf der Agenda stehen sollten. Lorenz Breiteringer, Rimpar

Hoffentlich sind die Demos der AfD nicht nützlich

Die AfD ist ein Gespenst einer überholten Epoche, aber ein großer Teil der Bevölkerung hat die Nase gestrichen voll von der amtierenden Regierung und würde vermutlich aus Frust selbst Donald Duck wählen, in der Hoffnung, dass es besser wird.

Sicher benutzt die AfD Großmacht-Phantastereien aus der Vergangenheit und ein übersteigertes Deutschtum, aber jeder klar denkende Mensch weiß, dass wir damit einen unheimlichen Rückschritt in der Entwicklung dieses Landes tun würden. Ich hoffe, dass die ständigen Demos gegen diese Partei am Ende der AfD nicht sogar nützlich sind, da sie permanent im Gespräch bleibt und aufgeblasen wird. Handeln wir besser angemessen mit Geist und Verstand, entschieden und mit Weitsicht bei der Wahl unserer politischen Führung. Ich persönlich schaue mir immer die schwächsten Mitglieder einer Fraktion an, und da erblicke ich

in der AfD Anhänger, mit welchen ich mich nie freiwillig im selben Raum befinden würde.

Wie schrieb Goethe einst: Darf man ein Volk belügen? Ich sage: Nein! Doch willst du sie belügen, so mach es nur nicht fein! In Krisen steigen oft Mitgliederzahlen durch kopflos-emotional agierende Wähler, aber auch Sympathisanten am Straßenrand. Die Lösung liegt keinesfalls in der AfD.

Enrico W. Arndt, Heidelberg

Das Kalkül der Christdemokraten

Geschichte wiederholt sich leider oft. 1933 hatte sich die Zentrums- partei, der politische Vorgänger von CDU/CSU, durch Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz als Steigbügelhalter der Nazis betätigt. Die „Brandmauer nach rechts“ wird ähnliches Schicksal erfahren, wenn es dem Kalkül der Christdemokraten dienlich erscheint. Rolf Lang, Heusenstamm

Eigentlich müsste die AfD sich selbst vertreiben

Nimmt man zur Kenntnis, dass unsere Verfassung das Wesen Deutschlands beschreibt, so scheint die AfD mit ihren verfassungsfeindlichen Aussagen die „undeutscheste“ Partei zu sein und müsste, um ihren „Remigrationsphantasien“ gerecht zu werden, sich eigentlich selbst vertreiben. Peter Wolf, Langen

Diskussion: frblog.de/afd-verbot-2



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert präsentiert sein Buch „Wer nicht hören will, wird bestreikt“. Mit Jürgen Hinzler, früher Bundesstreikbeauftragter der Gewerkschaft NGG.
Donnerstag, 15. Februar, 14 Uhr
DGB-Haus, Am Freiheitsplatz 6
Hanau

Claus-Jürgen Göpfert spricht über das Erstarken der Rechten in den Betrieben mit dem Soziologen Prof. Klaus Dörre von der Universität Jena.
Montag, 19. Februar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5
Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert „Der Krieg in Gaza – Wie kann man weitere Eskalationen verhindern?“ Mit Nicole Deitellhoff (Leipnitz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung) Ruprecht Polenz (CDU) und Michael Roth (MdB, SPD). Livestream:
youtube.com/hausamdom
Dienstag, 20. Februar, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Stephan Hebel diskutiert in der Reihe „Humor ist...“ mit Redakteur Dietrich Krauß über die jüngste Folge der ZDF-Satiresendung „Die Anstalt“. Zu Beginn des Abends wird die Sendung gezeigt. Infos und Anmeldung unter evangelische-akademie.de
Mittwoch, 21. Februar, 19.30 Uhr
Evangelische Akademie, Römerberg 9
Frankfurt

FR-Blog: Lobbyismus

Jammern wir zu viel? Worüber beschweren wir uns? Erwiderung auf „Neoliberal“ vom 8.2.

Unsere Stimmen zählen nicht gleich viel

Ich teile Herrn Lübbers Meinung, dass nicht jede Wahlstimme gleich viel zählt. Schon an der überbordenden Lobbyarbeit ist zu erkennen, dass es keine Wahlstimmen-Gleichheit gibt. Lobbyismus macht Druck und hat mehr Einfluss als jede Wähler:innen-Stimme. Lobbygruppen sind der Schatten des Bundestags und hebeln die Meinung der Wähler:innen aus. Dass Lobbyisten gesellschaftliche Interessen vertreten, darf angezweifelt werden. Sie vertreten ihre eigenen Interessen. Das Lobbyregister soll Strukturen der Einflussnahme transparent machen und Vertrauen in die Politik stärken. Also, welche Stimme zählt nun mehr: meine oder die des Lobbyisten, der sich für die Intensivierung des Wettbewerbs durch Deregulierung, für Freihandel und Finanzglobalisierung und die Verringerung der Rolle des Staates durch Privatisierung einsetzt? Neoliberalismus dieser Art fördert weder Gerechtigkeit noch das Vertrauen in eine demokratische Politikgestaltung. Schon die Existenz eines Lobbyregisters zeigt, dass „nicht jede Stimme gleich viel zählt“. Wenn es so wäre, bräuchte man keine Lobbyisten und auch kein Lobbyregister. Petra Brixel, Stuttgart

Diskussion: frblog.de/jammer

Eine Regierung vor zahlreichen Problemen

Streit um dem Haushalt der Bundesrepublik: „Kaltschnauz trifft auf Hasenfuß“, FR-Politik vom 1. Februar

Sympathischer als Hinterzimmermauschelei

Ich mag es nicht mehr hören, das ständige Gemecker über die „Ampel“! Die aktuelle Regierung besteht aus drei Parteien unterschiedlicher politischer Ausrichtung. Als solche sind sie gewählt worden von uns, dem Wahlvolk. Offensichtlich waren wir, das Wahlvolk, uns durchaus nicht einig darüber, wie die anstehenden Probleme zu lösen seien. Das waren damals in erster Linie: die Folgen der Pandemie und die Bewältigung der Klimakrise. Mittlerweile sind neue, schwerwiegende Probleme dazugekommen: der russische Angriffskrieg mit all seinen Folgen, Sicherung der Energieversorgung, Aufrüstung und Waffenlieferungen, Flüchtlingsströme, Inflation und andere wirtschaftliche Probleme.

Ich begrüße es, dass die Parteien, die unsere Regierung bilden, um Lösungen ringen. Dass sie das öffentlich tun, ist mir sympathischer als Hinterzimmermauschelei. Sicher ist es unschön, wenn Absprachen nicht eingehalten und noch unausgelegene Entwürfe durchgestochen werden. Doch das hat es auch in früheren Regierungen gegeben. Da hat es bisher nur begrenzte Aufmerksamkeit der

Bürgerinnen und Bürger erregt, in erster Linie hat es die Lobbyisten interessiert.

Hier zeigen sich die unterschiedlichen Strukturen konservativer und fortschrittlicher Öffentlichkeit: Während konservative Klientel von ihren Regierungen vor allem die Wahrung des (Besitz-) Standes erwarten und sich daher am stärksten durch Abgrenzung vom anderen politischen Lager mobilisieren lassen, also von der Linken im weitesten Sinne, herrscht bei dieser die ausgeprägte Neigung, sich bevorzugt an der politischen „Nachbarschaft“ abzuarbeiten, also an anderen Parteien und Gruppierungen des linken Spektrums. Angesichts des Handlungsdrucks der aktuellen Situation und der jahrzehntealten Verschleppung vieler Probleme durch die Vorgängerregierungen ist das fatal. Claudia Möller, Ranstadt

Es ist unmöglich, alle glücklich zu machen

Es muss gespart werden. Das Geschrei ist groß - wen auch immer es trifft. Wer sich an die jahrelangen Steuergeschenke beim Diesel und Steuerbefreiung gewöhnt hat - hat darauf keinen Anspruch, dass es auf ewig so weiter geht. Die Prioritäten liegen ganz woanders: Finanzielle

Unterstützung der Ukraine in Höhe von Milliarden Euro sind unverzichtbar für den Frieden in Europa; die Bundeswehr muss verteidigungsfähig sein zu unserem Schutz und der Nato. Diese Prioritäten haben jetzt unbedingt Vorrang und sind im normalen Bundeshaushalt nicht mehr vollumfänglich unterzubringen. Die Ampel ist in einer Zwickmühle- alle glücklich machen, das schaffen weder Herr Merz und erst recht nicht die AfD.

Thomas Bartsch Hauschild, Hamburg

Immer mehr Bürokratie

Hatte die Bundesregierung nicht allerlei auf den Weg gebracht, wodurch die Preise z.B. für Energie steigen? Federführend dafür war der Wirtschaftsminister, der nun feststellt, die deutsche Wirtschaft sei international nicht wettbewerbsfähig. Anstatt diesen Irrweg zu verlassen, wird nun ein Subventionsmonster geschaffen, das viel Bürokratie erfordert. Die Bürokratie, die man verspricht abzubauen. Da muss man wirklich sagen, dass Lindners Vorschlag bezüglich Abschaffung des Soli der unbürokratischere Weg ist. Ja, Zoff, aber auch Hilfe, Hilfe, geht es noch? Rüdiger Erdmann, Pattensen

Schritttempo mit Traktor

Bauernprotest: „Wachsende Kritik“, FR-Politik vom 9. Februar

Die Bauern können sich eine Landwirtschaft ohne Subventionen nicht mehr vorstellen. Seit Jahrzehnten werden sie vom Staat mit Steuergeldern unterstützt. Immer wenn eine der vielen Subventionen gestrichen werden soll, gibt es massive Proteste, egal wie sinnhaft diese Subvention noch ist - siehe Zuckermarktordnung 2017. Den Bauern wird im Gegensatz zur „Letzten Generation“ viel Sympathie entgegengebracht. Sie dürfen Autobahn-auffahrten sperren, auf Bundesstraßen Schritttempo fahren, Innenstädte blockieren. Sie demonstrieren mit ihren Großtraktoren auf Kosten der Steuerzahler. Jedes Mal wird der Untergang der Landwirtschaft beschworen. Richtig ist, dass das „Höfe-Sterben“ seit Jahrzehnten im Gang ist, wahrscheinlich seit den Stein Hardenbergschen Reformen Anfang 1807 bis 1815. Es wird weitergehen. Die landwirtschaftlichen Großbetriebe sind das Resultat unserer Marktwirtschaft. Die industrielle Landwirtschaft wird die bäuerlichen Betriebe weiter verdrängen, egal wie hoch die Subventionen sind.

Jörg Kramer, Uelzen

Diskussion: frblog.de/schluettisel